

„Sie tun mehr, als Sie tun müssten“

Sechs ostbayerische Unternehmer wurden zu Botschaftern für den „Umweltpakt regional“ ernannt

VON MATHIAS WAGNER

REGENSBURG. Umweltminister Dr. Markus Söder kam in der vergangenen Woche zur Industrie- und Handelskammer (IHK) nach Regensburg, um den „Umweltpakt regional“ in der Oberpfalz zu starten. Die Aktion soll den „Umweltpakt Bayern“ noch tiefer in der Region verankern.

Der Umweltpakt wurde 1995 als Markenzeichen für ein wirtschaftlich erfolgreiches und umweltfreundliches Bayern ins Leben gerufen. „Bayerns Unternehmer zeigen mit ihrer Innovations- und Tatkraft Verantwortung für ihre Heimat. Sie verbinden in ihrer täglichen Arbeit ökologische Fürsorge mit zielstrebigem Unternehmertum“, so Dr. Söder beim Start des „Umweltpakts regional“ in der Oberpfalz.

Ziel des Umweltpakts ist es, auf der Basis von Eigenverantwortung und Freiwilligkeit das Engagement der bayerischen Unternehmen im Bereich Umweltschutz zu stärken und weiter auszubauen. Beim „Umweltpakt regional“ soll diese Idee mit Hilfe von sechs Persönlichkeiten der lokalen Wirtschaft verwirklicht werden. Als Umweltpakt-Botschafter sollen Ulrich N. Brandl, Inhaber des Ulrichshofs und Präsident des DEHOGA Bayern, Dr. Franz Ehrnsperger, Inhaber und Geschäftsführer Neumarkter Lammsbräu, Christl Flierl, Inhaberin Salon Christl Flierl und Obermeisterin der Friseurinnung Amberg, Ludwig Lang,



21 oberpfälzische und niederbayerische Unternehmen wurden von Umweltminister Dr. Markus Söder (Mi.) für ihr mehr als 15-jähriges Engagement am „Umweltpakt Bayern“ geehrt. Foto: Wagner

Geschäftsführer ALKU GmbH, Gerhard Schmid, Geschäftsführer Feinkost-Metzgerei Michael Schmid GmbH und Peter Wilhelm, Obermeister der Kaminkehrerinnung Oberpfalz, für den Umweltpakt werben.

Die Oberpfalz ist bereits heute besonders umweltfreundlich: Aktuell sind dort knapp 300 Unternehmen mit rund 20000 Beschäftigten Mitglied im „Umweltpakt Bayern“. Der Minister zeichnete im Rahmen des Festakts 21 oberpfälzische Unternehmen aus, die

zu den ersten Teilnehmern im „Umweltpakt Bayern“ zählen. „Sie tun seit über 15 Jahren mehr, als Sie tun müssten“, lobte Söder die lokalen Unternehmer.

„Der Umweltpakt Bayern verbindet nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Das ist die gelebte Aussöhnung von Ökologie und Ökonomie“, so Söder.

Im Umweltpakt Bayern verpflichten sich seit 1995 Unternehmen zu

freiwilligen zusätzlichen Umweltschutzleistungen. Derzeit sind in ganz Bayern über 3200 Unternehmen Mitglied – mit Erfolg. Ihr Engagement für den Umweltschutz lässt sich messen: Bei 88 Prozent der Teilnehmer, die den Umweltschutz fest in ihre Betriebsabläufe integriert haben, konnte die Umwelt deutlich profitieren etwa durch Abwasserreduzierung. 61 Prozent konnten dauerhaft Kosten einsparen, etwa durch effizienteren Energie- und Ressourceneinsatz.

Nachholbedarf bei Akademikern

Die Wirtschaft schlägt Alarm

MÜNCHEN. „Gerade in einer Volkswirtschaft wie der deutschen, deren Wachstum vorwiegend auf technischem Fortschritt basiert, sind die aktuellen Ergebnisse des OECD-Berichts alarmierend“, sagt Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.. Der Anteil der Hochqualifizierten ist in Deutschland seit fünf Jahrzehnten kaum gewachsen. Wie aus dem Bericht „Bildung auf einen Blick“ der OECD hervorgeht, erwarb in Deutschland vor 50 Jahren jeder fünfte junge Erwachsene eine Hochschulzugangsberechtigung oder einen Meisterbrief. Heute ist es jeder vierte. Im Vergleich von 27 OECD-Staaten liegt Deutschland beim Anteil der Hochschulabsolventen mit 29 Prozent unter dem OECD-Durchschnitt und damit auf Platz 23.

Mit Blick auf den drohenden Fachkräftemangel betonte Brossardt, dass in Bayern bereits in vier Jahren rund eine halbe Million Fachkräfte fehlen werden, davon 130000 Akademiker: „Wenn wir jetzt im Bildungsbereich nicht gravierend gegensteuern, wird die Bildungsmisere langfristig gravierende Folgen auf die wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Entwicklung haben.“ Das deutsche Bildungssystem müsse besser finanziert werden. Im schulischen Bereich fordert die vbw deshalb seit langem eine bessere individuelle Förderung und eine flexiblere Einschulung. (wz)